

Kommentar

Debatte gibt Gegnern Aufwind



Nach der fünften Ausgabe der Aktuellen Stunde lässt sich sagen, dass die Einführung dieses Instruments ein Erfolg ist: Ohne Entscheidungszwang, aber dafür mit Redezeitbeschränkung tauschen sich Abgeordnete über wichtige Themen aus. Wären alle Diskussionen im Landtag so kurz und bündig - die Zuhörer würde es freuen.

Die gestrige Debatte warf zudem interessante Fragen auf. Warum legt die Regierung im PVS-Gesetz fest, dass der Verbleib in der staatlichen Versicherung freiwillig sein soll, um nur wenige Wochen später einen Austritt zu untersagen? Und das auf Basis des Corporate-Governance-Gesetzes, von dem die Regierung - ebenfalls im September - gesagt hat, es biete keine Basis für Eingriffe in das operative Geschäft von Staatsunternehmen?

Noch erstaunlicher ist allerdings, dass der Landtag sich gestern plötzlich um das Wohl der Steuerzahler sorgte: Ein Ausscheiden einzelner Institutionen dürfe den Steuerzahler nicht mehr kosten als ein Verbleib in der PVS, hiess es mehrfach. Noch im September hatte der Landtag geschlossen und ohne eine einzige Wortmeldung gegen den DU-Antrag gestimmt, die zweite Lesung des PVS-Gesetzes zu verschieben und dieses zeitgleich mit der Initiative von Nikolaus Frick zu behandeln. Dass diese Lösung offenbar 90 Millionen Franken weniger kosten würde als die vom Landtag durchgewinkte, schien kaum jemanden zu kümmern.

Die jüngste Aktuelle Stunde legt diese Diskrepanzen offen und gibt den Kritikern Auftrieb, welche die beschlossene PVS-Sanierung ablehnen und die Initiative unterstützen.